



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss
- L 214 -

Kiel, 9. Januar 2014
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1142
(0431) 988 1171
Fax (0431) 5300 4 1180
Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

28. Sitzung des Wirtschaftsausschusses

*am Mittwoch, dem 8. Januar 2014,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 10:05 Uhr

Zu Beginn seiner Sitzung nahm der Wirtschaftsausschuss den **Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2011 bis 2012, Drucksache 18/1035**, zur Kenntnis.

Nach einer Diskussion verständigte sich der Ausschuss darauf, seine Beratung und die Beschlussfassung zum Antrag der Fraktion der CDU betreffend **Stärkung des barrierefreien Tourismus in Schleswig-Holstein, Drucksache 18/909**, und dem dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/952, im Februar fortzusetzen.

Auf Antrag des Abg. Hamerich führte der Ausschuss ein **Gespräch mit dem Geschäftsführer des Flughafens Sylt**, Herrn Peter Douven.

Zum Antrag der Fraktion der PIRATEN betreffend **Netzneutralität stärken, Drucksache 18/852**, beschloss der Wirtschaftsausschuss, sich dem Verfahren des federführenden Innen- und Rechtsausschusses anzuschließen.

Nachdem die Antragsteller den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Neufassung des Landesplanungsgesetzes und zur Aufhebung des Landesentwicklungsgrundgesetzes, Umdruck 18/1602**, zurückgezogen hatten, empfahl der Wirtschaftsausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN, dem Landtag den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes und zur Aufhebung des Landesentwicklungsgrundgesetzes, Drucksache 18/885, in der durch den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Umdruck 18/2200, geänderten Fassung zur Annahme zu empfehlen. Den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN zum gleichen Thema, Drucksache 18/2039 empfahl der Wirt-

schaftsausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag zur Ablehnung zu empfehlen.

Mit Zustimmung des Antragstellers empfahl der Wirtschaftsausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss zudem, dem Landtag zu empfehlen, den Gesetzentwurf der Fraktionen der PIRATEN betreffend **Für eine verlässliche Raumordnungsplanung**, [Drucksache 18/898](#), für erledigt zu erklären.

Sodann empfahl der Wirtschaftsausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP, dem Landtag den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zum Thema **Intensivierte Zusammenarbeit in der Landesplanung mit der Freien und Hansestadt Hamburg**, [Drucksachen 18/821](#) und [18/874](#), zur Übernahme zu empfehlen und ihm zuzustimmen. Den mündlich geänderten Änderungsantrag der Fraktion der CDU betreffend **Zielvorstellung der Landesregierung im Bereich der Landesplanung**, [Drucksache 18/874](#), empfahl der Wirtschaftsausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, dem Landtag zur Ablehnung zu empfehlen. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und PIRATEN empfahl der Wirtschaftsausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag den Antrag der Fraktion der FDP betreffend **Chancen erkennen, Potenziale nutzen - Gemeinsame Landesplanung mit Hamburg vorbereiten**, [Drucksache 18/821](#), zur Ablehnung zu empfehlen.

Zum **Vergabeverfahren der Schienenpersonennahverkehrsleistungen im Netz-West Teil 1 (Fahrzeugbereitstellung 2015 bis 2034)** nahm der Wirtschaftsausschuss in vertraulicher Sitzung den vertraulichen [Umdruck 18/2158](#) zur Kenntnis.

Mit der Maßgabe, den Antrag der Fraktion der PIRATEN betreffend **Feldes- und Förderabgabe den Risiken der Erdöl- und Erdgasförderung anpassen**, [Drucksache 18/1026](#), in seiner Sitzung im Februar zu beraten, beschloss der Ausschuss, die Beratung des Antrags zu verschieben.

Schluss: 12:40 Uhr

gez. Thomas Wagner